

## Pressemitteilung

# Bündnis Berliner Kassenärzte kritisiert „Gutsherrenart“ im Arzneimittelpargesetz

Ärzteproteste gehen weiter – Großdemonstration am 24. März

**Berlin, 20. Februar 2006.** Nach der Verabschiedung des Arzneimittelpargesetzes im Deutschen Bundestag hat das „Bündnis Berliner Kassenärzte“ beschlossen, seinen Protest gegen die Gesundheitspolitik fortzuführen. „Wir werden am 24. März erneut auf die Straße gehen, um für eine ausreichende medizinische Versorgung unserer Patienten zu demonstrieren“, kündigte einer der Bündnissprecher, Dr. Wolfgang Mitlehner, am Montag an. Über weitere Protestmaßnahmen soll auf einer Vollversammlung der Berliner Kassenärzte am Vorabend der Demonstration entschieden werden. Das Bündnis forderte die Politik auf, Gespräche mit den Ärzten aufzunehmen. „Die medizinische Versorgung der Menschen in diesem Land ist zu wichtig, als dass Entscheidungen über die Zukunft des Gesundheitswesens am grünen Tisch getroffen werden können.“

Das Arzneimittelpargesetz mit seiner Bonus-Malus-Regelung bezeichnete das Bündnis als „eine absolute Fehlentscheidung der Regierungskoalition“. Dr. Wolfgang Kreisler: „Mit der Bonus-Malus-Regelung wird der Kassenarzt rechtlos gestellt. Ärzte, die den vorgegebenen Kostenrahmen bei Arzneimitteln überschreiten, haben keine Möglichkeit diese Überschreitung medizinisch zu begründen. Die Regressbeträge werden ihnen einfach vom Honorar abgezogen. Diese rechtsstaatlich angreifbaren Methoden nach Gutsherrenart kritisieren wir auf das Schärfste.“ Die Behauptung einzelner CDU-Abgeordneter, in Hamburg wäre das Gesetz durch eine ähnliche Regelung quasi schon umgesetzt, sei aus der Luft gegriffen. Kassenärztliche Vereinigung und Krankenkassen hätten dort zwar bereits für einige Arzneimittel Tagestherapiekosten festgelegt. Es lägen allerdings keinerlei Erfahrungen aus dieser Vereinbarung vor. Zudem sehe die Hamburger Regelung ein eindeutiges rechtstaatliches Verfahren zur Überprüfung notwendiger Überschreitungen vor.

Das Ärzdebündnis sieht durch das Spargesetz die medikamentöse Versorgung vor allem chronisch kranker Patienten erheblich gefährdet. Die einheitlich vorgeschriebenen Tagestherapiekosten und die „standgerichtliche Strafzahlung“ des Arztes bei Überschreitung ließen einen Behandlungsspielraum kaum noch zu. „Wir behandeln keine Durchschnittspatienten, sondern Menschen mit Erkrankungen, die sehr unterschiedlich ausgeprägt sein können“, betonte Dr. Albrecht Scheffler. Er gehe davon aus, dass dieses Gesetz die Bürokratie extrem verstärken werde und es schon deshalb nicht umsetzbar sei, und sozialgerichtlich angefochten werde.

Zu der für den 24. März geplanten Demonstration werden wieder Ärzte aus ganz Deutschland in Berlin erwartet. „Wir werden nicht zusehen, wie unser leistungsfähiges Gesundheitswesen auf Kosten der Ärzte und Patienten kaputtgespart wird“, betonte Mitlehner. „Unsere Patienten sind ausdrücklich zur Teilnahme eingeladen.“

Die niedergelassenen Ärzte fordern eine leistungsgerechte Vergütung ihrer medizinisch notwendigen Arbeit. In Berlin mussten die Vertragsärzte allein im Jahre 2004 den Krankenkassen rund 500 Millionen Euro „schenken“, da ihnen mehr als ein Drittel ihrer Leistungen nicht vergütet wurden.

*Für Rückfragen stehen Ihnen die Sprecher des Bündnisses zur Verfügung:  
Dr. Wolfgang Mitlehner 0172/852 55 79, Dr. Wolfgang Kreisler 0172/718 95 24 und  
Dr. Albrecht Scheffler 0179/397 2 229.*